

iFijáte!

Nachrichten •

Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 272

13. November 2002

9. Jahrgang

Schelte vom 'grossen Bruder'

In den vergangenen Wochen hagelte es seitens der internationalen Gemeinschaft, namentlich der USA und der guatemaltekischen Öffentlichkeit, Kritik an der gescheiterten Sicherheits-, Antikorruptions- und Antidrogenpolitik der Regierung Portillo. Deren Antwort liess nicht auf sich warten: Die Auflösung der umstrittenen Antidrogeneinheit DOAN, die Schaffung eines multisektoriellen Programms zur Bekämpfung der Korruption und des Drogenhandels und die Einleitung von Untersuchungen gegen Ex-Politiker und Ex-Militärs, die des Drogen- und Menschenhandels verdächtigt werden, waren die Antwort der Regierung auf die Vorwürfe. Verschiedene guatemaltekische Regierungsvertreter reisten in die Vereinigten Staaten, um den dortigen Kritikern Honig um den Mund zu schmieren, denn angesichts der bevorstehenden Wahlen und dem nächsten Treffen der Geberländer ist es wichtig, die USA auf seiner Seite zu wissen.

Der folgende Text basiert auf einem Artikel, der am 25. Oktober in *Inforpress Centroamericana* erschien und wurde um aktuelle Informationen und Analysen ergänzt.

In seinem Bericht anlässlich der Ernennung des neuen Botschafters für Guatemala von Anfang Oktober kritisiert der US-amerikanische Staatssekretär für Lateinamerika, Otto Reich, in erster Linie die Verwicklung namhafter guatemaltekischer Regierungsmitglieder in Drogenhandel und Korruption (siehe ¡Fijáte! 271). Die guatemaltekische Regierung reagierte umgehend mit der Entlassung zahlreicher Staatsanwälte und Polizeioffiziere. Die oberen Regierungsränge jedoch, von wo aus sich laut Reich das Netz von Korruption und Drogenhandel ausbreitet, blieben unangetastet.

Während Innenminister Adolfo Reyes Calderón behauptet, es existiere keine Parallelmacht und es gäbe keine Delinquenz auf Regierungsebene, verkündete Generalstaatsanwalt Carlos de León am 23. Oktober die Einleitung von Untersuchungen gegen der Regierung nahestehende Militärs, z.B. gegen die Generäle Francisco Ortega Menaldo, Manuel Callejas, Carlos García Catalán und die Obersten Jacobo Salán Sánchez und Napoleón Rojas. Sie werden des Drogenhandels, der Korruption und des Menschenhandels beschuldigt sowie dem Aufbau einer parallelen Machtstruktur auf höchster Ebene. Dabei blieb De León jedoch zurückhaltend und gab zu, dass es weder Anzeigen noch konkrete Beweise gäbe, ausser den Anschuldigungen, die von der Presse gegen die Militärs erhoben wurden. Auch die USA, von der die jüngste Kritikwelle ausging, habe nichts Handfestes gegen sie in der Hand. Es gäbe aber eine profunde und ausführliche Untersuchung, welche auch die Besitztümer und die Bankkonten der Verdächtigen mit einschliesse. "Die Untersuchungen", betonte De León, "werden dahin führen, wo sie hinführen müssen" - womit er auf die höchsten Hierarchiestufen anspielte.

Als eine Folge davon ist die Pensionierung der beiden Generalen Julio Soto Bilbao und Edgar Trujillo Salguero und der beiden Obersten Leonel Vaidés Paz und Mario Gómez Ayala verstehen; alle vier waren direkte Untergebene von Salán Sánchez, als dieser 1989 als Geheimdienstchef

des Militärs amtierte. Auch gegen sie werden Untersuchungen geführt.

Während Pläne geschmiedet und Strategien entwickelt werden, nimmt die Unsicherheit im Lande zu. Allein im Monat Oktober wurden über 60 Morde verzeichnet, von denen ein guter Prozentsatz dem organisierten Verbrechen zuzuschreiben ist.

Der sich drastisch verschärfende (Un-)Sicherheitszustand und die Kritik der USA haben zur Folge, dass die FRG einen neuen Versuch im 'harten Durchgreifen' gegen das Verbrechen unternimmt. Dies nicht zuletzt im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen, immerhin waren *der Kampf gegen das Verbrechen und das Gewährleisten von Sicherheit für alle BürgerInnen* zwei ihrer Haupttrümpfe im letzten Wahlkampf. Jedoch legte die FRG weder während noch nach dem Wahlkampf einen wirklichen Sicherheitsplan vor.

Am 18. Oktober verkündete Innenminister Reyes Calderón in Begleitung von Generalstaatsanwalt De León und der Sonderstaatsanwältin für Korruptionsfälle, Karen Fischer, die Auflösung der Polizeieinheit für Antidrogenoperationen (DOAN). Interessanterweise war es Vizepräsident Francisco Reyes López, der das Regierungsdekret zur Auflösung der DOAN erliess, während Präsident Portillo selber in Europa weilte und sich auf einem Treffen mit deutschen UnternehmerInnen beklagte, er verstehe die Kritik der USA nicht, würde doch kein höherer Regierungs- oder Militärposten in Guatemala ohne die Einwilligung der US-amerikanischen Botschaft besetzt. (Diese ziemlich inoffizielle Reise Portillos nach Deutschland, Italien und Grossbritannien, sowie weitere angekündigte, lassen den Verdacht aufkommen, dass er oder andere, namentlich der Vizepräsident Reyes López und der Kongresspräsident Ríos Montt, es vorziehen, Portillo in den nächsten Monaten möglichst weit weg vom nationalen Geschehen zu haben...)

Zurück zur Auflösung der DOAN: Rund 200 der

Angestellten, davon vierzig Polizisten, gegen die ein Verfahren wegen Drogendiebstahls läuft, wurden entlassen. Agenten der DOAN sind u.a. verantwortlich für den gewalttätigen Überfall auf die Gemeinde Chocón in Izabal, der unter dem Vorwand einer (mit zweifelhaften Mitteln durchgeführten) Drogenrazzia stattfand. Ebenfalls Mitglieder der DOAN werden für das 'Verschwinden' von 1300 Kilo beschlagnahmter Drogen aus den Lagerräumen der Polizei verantwortlich gemacht.

Weitere neunzig ehemalige DOAN-Agenten sollen auch in Zukunft bei der zivilen Nationalpolizei (PNC) angestellt bleiben.

Neu soll für die Bekämpfung des Drogenhandels eine (geheimdienstliche) Einheit gebildet werden, in der auch Mitglieder der PNC vertreten sind. Eine weitere Massnahme der DOAN-Schliessung ist die Bildung einer mobilen Einheit (UMO), die eng mit den anderen staatlichen Institutionen zusammenarbeitet, die sich dem Kampf gegen die Korruption verschrieben haben - unter anderem das Militär.

Um ihr Wahlversprechen, die Sicherheitslage zu verbessern, zu erfüllen und um die Lücke zu füllen, die die Auflösung der DOAN hinterlassen hatte, griff die FRG also einmal mehr zum Mittel der Militarisierung: Die neue Truppe zur Bekämpfung des Drogenhandels umfasst 1500 Polizisten und 450 Militärs. Dies ist eine klare Verletzung der Friedensabkommen, in denen die Aufgabe des Militärs auf den Schutz und die Verteidigung der Landesgrenzen festgelegt ist. Es ist zwar zu begrüssen, dass, wenn auch erst auf Druck der USA, endlich der Sicherheitsapparat 'gesäubert' wird, die grosse Frage ist aber, mit welchen Leuten ein neuer aufgebaut werden soll?

Generalstaatsanwalt De León steht der Schliessung der DOAN eher zynisch gegenüber: "Wir hatten nie Kontakt mit der DOAN, weil sie überhaupt nicht vertrauenswürdig war. Wir achteten immer darauf, dass die DOAN möglichst spät von unseren laufenden Untersuchungen in Drogenangelegenheiten erfuhrt". Gleichzeitig informierte de León auch über die Entlassung einer ungenannten Anzahl von Staatsanwälten, die im Bereich Drogenhandel Untersuchungen tätigten.

Zufall oder nicht, kurz darauf berichteten die Medien über Fortschritte in der Bekämpfung des Drogenhandels: Im Departement San Marcos hat die Polizei einen Ort ausgehoben, der

mit Funkgeräten, Kompass und Fluglandeplaste ausgerüstet, einen idealen Umschlagplatz für Drogen gewesen ist. Überhaupt hätten die Narcos in dieser Region ganze Gemeinden unter ihrer Kontrolle, hiess es.

Carlos de León informierte auch über weitere Änderungen in der Staatsanwaltschaft: Mynor Melgar, der sich stark im Prozess gegen die Mörder von Erzbischof Juan Gerardi engagierte, wurde als Spezial-Staatsanwalt gegen den Bankier Francisco Alvarado McDonald ernannt. Und Karen Fischer wurde mit den Untersuchungen der Geldhinterziehung im Innenministerium beauftragt, der unter anderem Ex-Innenminister Byron Barrientos beschuldigt wird. "Wir versuchen, die schwierigen Fälle an Staatsanwälte zu vergeben, die das Vertrauen der guatemaltekischen Bevölkerung besitzen und die den Ruf haben, unbestechlich zu sein. Damit wollen wir beweisen, dass wir den Willen haben, den Sachen auf den Grund zu gehen", erklärte De León.

Das Problem der Straflosigkeit, der Korruption und des Drogenhandels hängt direkt mit der Machtfrage zusammen. Die Unfähigkeit, den alten Sicherheitsapparat zu säubern, vereinfacht es den kriminellen Banden, sich in den klandestinen, nie wirklich aufgelösten Aufstandsbekämpfungsstrukturen (sprich: Geheimdiensten, Militär) zu halten und ihren Einfluss auf die Politik auszudehnen. Mit diesen Strukturen hat historische Regierung immer zusammengearbeitet. Ob die Sorge der Vereinigten Staaten tatsächlich der Korruption und den verletzten Menschenrechten in Guatemala gilt oder nicht vielmehr der Tatsache, dass sie die Kontrolle über diese Strukturen verloren haben, ist wohl eine berechtigte Frage, die sich in Guatemala verschiedene AnalytikerInnen stellen.

In die selbe Richtung geht die Frage, ob es sich bei den jüngsten Wechseln an der guatemaltekischen Militärspitze tatsächlich um 'Routine' handelt, wie das die Militärbehörde weismachen will, finden sie doch zu einem sehr ungewöhnlichen Zeitpunkt statt. (Normalerweise werden Beförderungen, Pensionierungen und Auswechslungen im Militär jeweils Anfang des Jahres oder anlässlich des Tags der Armee, Ende Juni, bekannt gegeben.)

Bezüglich der Pensionierung und der Untersuchungen, die gegen die eingangs erwähnten vier Militäroffiziere eingeleitet werden (Soto Bilbao, Tru-

jillo Salguero, Vaides Paz und Gómez Ayala) kursieren zwei Hypothesen: Entweder sie gehören tatsächlich der parallelen Machstruktur an und werden nun 'geopfert', nicht nur, um die US-amerikanische Regierung zufrieden zu stellen, sondern auch, um im nächsten Wahlkampf als Beweis zu dienen für die von der FRG 'erfolgreich durchgeführte Umstrukturierung des Militärs. Es wäre dann auch möglich, dass es innerhalb des Militärs noch weitere 'Säuberungen' gäbe, was aber nicht heissen muss, dass die 'Mafia' davon betroffen ist, vor allem dann nicht, wenn sie von gewissen Leuten innerhalb der Regierung geschützt wird.

Die zweite Hypothese ist, dass vom eingeleiteten Säuberungsprozess noch weitere, möglichst hochrangige Militärs betroffen sind, die aus dem Weg geschafft werden, um Enrique Ríos Sosa, dem Sohn von General und Kongresspräsident Efraín Ríos Montt, für nächsten Januar den Weg zum Verteidigungsminister zu ebnet.

Und die USA? Der Staatssekretär für Lateinamerika, Otto Reich, gratulierte der guatemaltekischen Regierung zu den jüngsten Korruptions-Bekämpfungsmassnahmen. "Präsident Portillo hat positiv auf die Themen reagiert, die uns Sorge bereiten", erklärte der Funktionär in Washington. Es geht offenbar schnell und braucht nicht viel, um den 'grossen Bruder' zu friedem zu stellen.

¡Fijáte!

Herausgegeben von:

Verein ¡Fijáte!

2502 Biel

PC: 30-516068-6

Redaktion:

Barbara Müller

Christiane Treeck

Abos:

¡Fijáte!

c/o Barbara Müller

Ankerstrasse 16

8004 Zürich

Tel. 01/ 241 44 43

E-Mail:

barbara-m@bluewin.ch

Jahresabo: 100.- Fr.

Auslandabo: 120.- Fr.

Förderabo: ab 200.- Fr.

E-Mail-Abo: 85.- Fr.

Erscheinungsweise vierzehntäglich.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

ExilguatemalteKInnen besorgt

New York, 20. Okt. Auch die ExilguatemalteKInnen aus Mexiko, Kanada und den Vereinigten Staaten sind besorgt über die Situation in ihrem Heimatland. Vor einem Jahr wurde deshalb das *Netzwerk für Frieden und Entwicklung in Guatemala* (RPDG) gegründet, dessen Ziel es ist, die Entwicklungen in Guatemala kritisch zu beobachten und auf internationaler Ebene Lobbyarbeit zu betreiben. Einer der Mitgründer und aktives Mitglied im Netzwerk ist Raúl Molina.

Wir veröffentlichen im Folgenden Ausschnitte aus der "Deklaration von New York" vom 20. Oktober 2002:

"Eine Analyse der Situation in Guatemala hat ergeben, dass sich seit der Gründung unseres Netzwerks im September 2001 und seit unserem letzten Treffen im Februar 2000 die Lage drastisch verschlechtert hat. Die Krise im Wirtschafts- und Handelssektor sowie an der Börse und die von der Globalisierung geprägten internationalen Beziehungen verstärken die existierenden Konflikte in unserem Land, die geprägt sind durch die autoritäre, intolerante und konfrontative Politik der guatemalteKischen Regierung. Wir sind besorgt, speziell über folgende Vorkommnisse:

- Die Attacken und Drohungen gegen MenschenrechtsaktivistInnen und gegen diejenigen Personen, die sich der Aufklärung der vergangenen und gegenwärtigen Gewaltverbrechen verschrieben haben. Die Angriffe gegenüber denjenigen Leuten, die auf juristischem Weg die Existenz von geheimen Strukturen und die staatliche Beteiligung daran aufdecken.

- Das Wieder-in-Erscheinung-treten von Militärs, Ex-Militärs und ehemaligen Zivilpatrouillisten, die während dem bewaffneten Konflikt begangene Menschenrechtsverletzungen und in sog. Friedenszeiten für Gewalt und Lynchjustiz verantwortlich sind. Wir wehren uns dagegen, dass diese Sektoren eine Entschädigung für ihre "dem Staat geleisteten Dienste" erhalten.

- Die Militarisierung im Land, die durch die Aufnahme von ehemaligen Militärs in die Regierung zugenommen hat, speziell ins Innenministerium. Daraus erklärt sich auch die ständige Erhöhung des Militärbudgets und die Tendenz, soziale Probleme gewaltsam zu lösen.

- Die stetige Zunahme von Gewalt und Kriminalität und die Korruption auf Regierungsebene, was zu einer scharfen Kritik seitens des Staatssekretariats für Lateinamerika der US-amerikanischen Regierung geführt hat. Ebenso sind wir

besorgt über die aussergerichtlichen Hinrichtungen, die alle Anzeichen einer sozialen Säuberung tragen und in die Elemente des staatlichen Sicherheitsapparates involviert sind.

- Das Stocken der Friedensabkommen und die willkürlichen Massnahmen der Regierung, die weder dem Sinn noch dem Geist der Abkommen entsprechen. Speziell besorgt sind wir über das Ausbleiben einer Antwort seitens der Regierung zur Landfrage und den Forderungen der BäuerInnen, die immer mehr vom wirtschaftlichen Leben marginalisiert werden. Ebenso verläuft es mit den Forderungen der ArbeiterInnen, der Indígenas.

- Die Bildung eines neo-faschistischen Modells, das sich auf den messianischen Führer dieser Partei (Ríos Montt, d. Red.) beruft, die sozialen und politischen Strukturen dieser ins rechts-extreme abdriftenden Partei und deren fanatischen populistischen Massen, verkörpert in den Ex-PAC. Zu diesen Strukturen gehört auch das Kapital, das durch Korruption und illegale Geschäfte wie Drogen-, Menschen-, Geld-, Fahrzeug- und Kinderhandel und -Diebstahl angehäuft wurde.

- Das Ausnutzen dieser chaotischen Situation in unserer Gesellschaft durch die ArbeitgeberInnen, die unter dem Argument der staatlichen Korruption keine Steuern und Sozialabgaben für ihre Angestellten bezahlen und, im Falle der BäuerInnen in den Kaffeefincas, miserable Löhne (weniger als 2 US-\$ pro Tag) bezahlen.

Das *Netzwerk für Frieden und Entwicklung in Guatemala* unternimmt alles in seinen Möglichkeiten stehende, um diesen Zustand zu verbessern. Konkret schlagen wir folgendes vor:

- Internationale Aktivitäten entwickeln, die zum Schutz und der Verteidigung

der Menschenrechte in Guatemala beitragen. Dabei denken wir an die Unterstützung internationaler Menschenrechtsorganisationen, der Menschenrechtskommission der UNO und der Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte. Weiter fordern wir Solidarität und internationale Begleitung für Nichtregierungsorganisationen, religiöse, soziale und humanitäre AktivistInnen.

- Alle Kräfte daran setzen, dass die Umsetzung der Friedensabkommen wieder aufgenommen wird mit dem Ziel, dass die fehlenden Massnahmen bis zehn Jahre nach deren Unterzeichnung, d.h. bis am 31. Dezember 2006 implementiert werden.

- Alle Kräfte daran setzen, dass es zu einem Dialog und zu Allianzen zwischen den sozialen und politischen pro-demokratischen Gruppen kommt, mit dem Ziel, vereint Strategien zu entwickeln um die FRG bei den Wahlen 2003 aus der Regierung auszuschliessen. Das Netzwerk als solches wird kein politisches Projekt unterstützen, respektiert jedoch die individuellen Entscheidungen seiner Mitglieder, einzelne Parteien oder KandidatInnen zu unterstützen. Klar ist jedoch, dass wir gemeinsam verhindern wollen, dass die neo-faschistische Regierung der FRG weitere vier Jahre regiert.

- Die internationale Gemeinschaft und die Solidaritätsbewegung breit über die Situation in Guatemala informieren und unsere Vorschläge bekannt machen. Wichtig ist uns auch, dass Bewusstsein anderer, im Ausland lebender GuatemalteKInnen, zu sensibilisieren, damit auch diese zu einer Veränderung in unserem Land beitragen. Weiter kämpfen wir dafür, dass im Ausland lebende GuatemalteKInnen an den Wahlen 2003 teilnehmen können."

Politische Parteien bilden Forum

Guatemala, 28. Okt. Unter der Schirmherrschaft der *Organisation Amerikanischer Staaten* (OEA) haben sich die guatemalteKischen Parteien zu einem *Foro Permanente* zusammengeschlossen. Laut Julio Donis, der seitens der OEA das Forum koordiniert, soll das Forum einen Diskussions- und Reflexionsrahmen bieten, in dem wichtige nationale Themen angesprochen werden und der Dialog mit allen Sektoren (Presse, UnternehmerInnenverband, Indígena- und Frauenorganisationen, öffentliche Institutionen etc.) gesucht wird. Dem

Forum angeschlossen haben sich bisher 16 Parteien und als Partei formierte Gruppen.

Die Gründung des Forums wird als wichtiger Schritt im Demokratisierungsprozess Guatemalas bezeichnet. Ein ähnliches Projekt gab es zu Beginn der 80er-Jahre, als das *Zentrum für politische Studien* (CEDEP) gegründet wurde, dem AnalytikerInnen eine wichtige Rolle bei der Vorbereitung zu den Verhandlungen beimessen, die schliesslich zur Unterzeichnung der Friedensabkommen geführt haben.

Facetten der Gewalt

Guatemala, 6. Nov. Zehn Tage, nachdem der Kongress eine Resolution verabschiedet hatte, in der Innenminister Aldo Reyes Calderón aufgefordert wurde, einen Bericht über seine Sicherheitspolitik abzugeben, legte dieser einen Sicherheitsplan für die nächsten paar Monate vor. Schwergewicht dieses Plans ist, mehr Sicherheit in den als 'gefährlich' identifizierten Zonen der Hauptstadt zu garantieren, indem neue Polizeistationen eingerichtet werden. Erste Ergebnisse seines Planes verspricht Calderón bereits innerhalb von 90 Tagen.

Derweil findet die Gewalt auf ganz unterschiedliche Art und Weise und nicht nur in der Hauptstadt und nicht nur auf der Strasse statt:

Rund 300 Jugendliche demonstrieren am 19. Oktober in der Hauptstadt gegen die Ermordung von drei Musikern der Rockgruppen "Ulitmos Adictos" und "Kevlar", die zeitgleich, aber an unterschiedlichen Orten angegriffen wurden. Über Motiv und Tatherhang ist weiter nichts bekannt.

Am 16. Oktober wurde eine Gruppe von 20 Strassenkindern, die in einem zerfallenen Haus in der Zone 4 der

Hauptstadt leben, angegriffen. Eine Gruppe unbekannter Männer bedrohten sie zuerst verbal, als sie kurz darauf noch einmal am Haus vorbeikamen, eröffneten sie das Feuer auf die schlafenden Jugendlichen, wobei sechs von ihnen erschossen wurden. Dieser Vorfall geschah am Tag, bevor das Kinderhilfswerk *Casa Alianza* und andere Organisationen vor der Interamerikanischen Menschenrechtskommission in Washington einen Bericht über die Situation der Strassenkinder in Lateinamerika vorlegten. Am 6. November wurde ein weiterer, von *Casa Alianza* betreuter Junge auf offener Strasse erschossen. *Casa Alianza* spricht von einer sozialen Säuberung, die sowohl von mafiösen Kreisen ausgehen kann als auch von den Geschäftsbesitzern der Einkaufszone, die sich an der Anwesenheit bettelnder Kinder stören.

Frauenrechtsorganisationen stellen eine Zunahme häuslicher Gewalt fest, die sich in erster Linie gegen Frauen und Kinder richtet. Zwar sei dies kein neues Phänomen, erklärte Sandra Baquias Rojas vom Frauenbüro des Menschenrechtsprokurators in Quetzaltenango, doch sei die Zunahme von häusli-

cher Gewalt immer ein Indikator für die soziale und sozioökonomische Situation einer Gesellschaft. Die Arbeitslosigkeit, von der speziell die ArbeiterInnen der Kaffeefincas betroffen sind, die wachsende Armut und das allgemeine Klima von Gewalt und Delinquenz habe seine unmittelbaren Auswirkungen in den privaten vier Wänden der Leute, erklärte Baquias Rojas. Eine andere Auswirkung, die auch eine Form von Gewalt darstellt, sieht Clemencia Bámaca López vom Frauenforum in Colomba, Quetzaltenango, in der ökonomisch bedingten Migration, die zu einer Desintegration der Familien führt, meist auf Kosten der zurückbleibenden Frauen.

Der Vertreter der Sozialkommission der katholischen Kirche im Petén, Francisco Leiva, berichtete, dass in diesem Departement wöchentlich etwa sieben Personen ermordet werden. Speziell erwähnte er eine Gemeinde, in der die Ermordeten Spuren trugen, die an die Praktiken der Todesschwadronen erinnern. Aus Sicherheitsgründen könne der Name dieser Gemeinde nicht bekannt gegeben werden, das dort Vorgefallene sei aber exemplarisch für die ganze Region, meinte Leiva.

Proteste an der Menschenrechtsfront

Sololá, 30. Okt. Nach einer friedlichen Demonstration der Bevölkerung, VertreterInnen der Hilfsbürgermeistereien und indigener Organisationen gegen die Versetzung des Menschenrechtsbeauftragten (PDH) von Sololá, Urías Bautista, machte Sergio Fernando Morales de Sierra, seit wenigen Monaten leitender Menschenrechtsombudsmann des Landes, seinen Entscheid rückgängig. Urías Bautista wird also nicht, wie geplant, nach Suchitepéquez verlegt, sondern führt seine vor vier Jahren aufgenommene Aufgabe in Sololá fort. Und dies zur grossen Zufriedenheit der BewohnerInnen, über deren Unterstützung der Menschenrechtsbeauftragte doch erstaunt war. Etwa 400 Menschen nahmen das Personal der PDH für zwei Stunden ohne Gewaltanwendung fest, um eine allgemeine Untersuchung der Situation, eine in diesem Fall nicht vorhandene Transparenz in der Entscheidungsfindung und vor allem die Beteiligung der Bevölkerung und anderer Institutionen an der Entscheidung zu fordern.

Neben der Bekanntgabe seiner Umkehr gab Morales zudem den Forderungen der Demonstrierenden statt, Untersuchungen gegen einige Personen der Menschenrechtseinrichtung einzuleiten, denen die Bevölkerung vor-

wirft, in Bezug auf die Versetzung Bautistas die Hände mit im Spiel gehabt zu haben. Vor allem die Sekretärin, die im Falle der Versetzung die Leitung der Einrichtung übernehmen würde und ein Angestellter werden auf diese Weise von den SololatekInnen beschuldigt.

Doch ganz klar scheint die Situation in Sololá nicht zu sein. VertreterInnen des Verwaltungsbezirks Santa Catarina Ixtahuacán, dessen Bevölkerung seit einigen Jahren aufgrund von Unwetterfolgen ihr ursprüngliches Siedlungsgebiet verlassen mussten und an einen Ort in Nahuelá umgesiedelt wurden, wobei immer noch heftige Grenzstreitigkeiten mit Nahualá bestehen, behaupten, dass die Bevölkerung, die sich für Bautista eingesetzt hat, für diesen Einsatz bezahlt worden sei. Bautista hatte als einziger staatlicher Funktionär in den Grenzkonflikt zwischen Nahualá und Santa Catarina eingegriffen und wohl nicht alle Wünsche erfüllen können.

Doch Menschenrechtsprokurator Morales hat noch in anderen Departementen Versetzungen angekündigt, was zu Unmut und Protesten führte. So auch in Santa Cruz del Quiché, wo sich ebenfalls die Bevölkerung gegen einen Wechsel 'ihres Mannes', Francisco García Morales nach Nebaj, Quiché, aussprachen.

Auch hier soll nun die Situation nochmals geprüft werden.

Auch in Santa Cruz habe der zuständige Verantwortliche gute Arbeit geleistet, so Juan Tipáz, regionaler Koordinator der Indígenaorganisation "Wajaq'ib Noj". García Morales habe gezeigt, dass er eine unparteiische, verantwortungsvolle Person ohne politische Verpflichtungen sei.

Das Nationale Frauenforum zeigt sich ebenfalls besorgt über die Ankündigungen und hebt das Engagement Garcías hinsichtlich Projekten und Programmen, die speziell den Frauen bzw. Familien und Kindern zukommen, hervor.

García selbst hat zu seiner möglichen Versetzung keinerlei Begründung erhalten, was für ihn selbst für eine Art indirekte Entlassung spricht.

Zwar würde er sich nicht gegen eine Versetzung wehren, jedoch mache er sich Gedanken über seinen potentiellen Nachfolger, Raúl Rodríguez, der bereits vor zwei Jahren seiner Stelle als Menschenrechtsbeauftragter in Nebaj entthronen wurde und zudem Bruder des derzeitigen Präsidenten des Städtischen und Ländlichen Entwicklungsrates sei, was mit einer notwendigen Unparteilichkeit für die Aufgabe schwierig zu vereinbaren sei.

Kein Geld für Dezentralisierung

Guatemala, 7. Nov. Die Annahme des neuen Dezentralisierungsgesetzes im Sommer dieses Jahres wurde von allen Sektoren begrüsst. Mit diesem Gesetz sollen die Gemeinden mehr Autonomie in Sachen Finanzen bekommen und selber entscheiden können, welches ihre prioritären Infrastruktur- und Entwicklungsprojekte sind. Im Gesetz ist auch ein prozentualer Betrag festgelegt, der für die Umsetzung des Dezentralisierungsgesetzes zur Verfügung stehen soll, ebenso für die finanzielle und institutionelle Stärkung des dafür zuständigen präsidialen Sekretariats.

Am 2. September wurde dem Kongress eine erste Fassung des Haushaltbudgets für das Jahr 2003 vorgelegt. Das Gesamtbudget beträgt 27 Milliarden Quetzales (rund 3.2 Mil-

liarden US-\$) und ist damit um 12,5% höher als das diesjährige. Auffallend ist, dass die zentralistische Tendenz in der Geldverwaltung anhält: 88% der Ausgaben werden in Guatemala Stadt entschieden. (Zum Vergleich: In lateinamerikanischen Ländern sind es im Durchschnitt 85% der Staatsausgaben, in sogenannten entwickelten Ländern sind es 65%, die von den Zentralregierungen verwaltet und ausgegeben werden.)

Das Haushaltsbudget 2003 widerspiegelt das mangelnde Interesse der Regierung, den Dezentralisierungsprozess voranzutreiben. Unter dem Strich gibt es für die einzelnen, für die Umsetzung des Dezentralisierungsgesetzes verantwortlichen Institutionen, Kommissionen und Sekretariate, nicht mehr Geld als in den vergangenen Jah-

ren, in einzelnen Fällen ist es gar weniger.

Dafür erhalten die verschiedenen Sozialfonds wie z.B. der Friedensfonds (FONAPAZ) und der Fonds für soziale Investition (FIS) mehr finanzielle Mittel. Die erklärte Absicht von Präsident Portillo ist, die verschiedenen Sozialfonds in einem einzigen zusammenzuführen, mit der Begründung, dies führe zu Transparenz und Effizienz in der Handhabung der Finanzen. Ausgeführt hat er diesen Plan bisher nicht.

KritikerInnen der Regierung sehen hinter dieser Absicht wahlpolitische Interessen: Die Sozialfonds seien am schlechtesten zu kontrollieren und am einfachsten zu manipulieren, was der Regierungspartei im Wahljahr sehr gelegen komme.

Los Cimientos: Ende gut, gar nichts gut!

Guatemala, 1. Nov. Am 2. Oktober hat die guatemaltekeische Regierung mit einem öffentlichen Akt das Ende einer zweijährigen Verhandlungsphase und die Lösung des historischen Landkonflikts der Finca *Los Cimientos* verkündet. Das anlässlich dieser Feier unterzeichnete Dokument verpflichtet die Quiché-Gemeinde von *Los Cimientos*, die rechtsgültigen Titel für das Land besitzt, diese der Regierung zu übertragen. Im Gegenzug erhält sie die Finca *San Vicente Pacaya* und das dazugehörige Land von *Las Delicias* im Departement Escuintla.

Die Regierung ihrerseits verpflichtet sich, soziale und einkommensfördernde Projekte zu finanzieren und die Leute beim Einleben in diesem, im Vergleich zum Quiché, klimatisch und kulturell doch sehr verschiedenen Departement, zu unterstützen.

Gemäss Präsident Portillo ist die Unterzeichnung dieses Vertrags das bedeutendste Versöhnungsprojekt seit den Friedensabkommen. Bischof Julio Cabrera hingegen, der während Jahren als Vermittler in diesem Landkonflikt fungierte, gratulierte zwar dem Präsidenten zu diesem 'Erfolg', wies jedoch darauf hin, dass er nur dank der Initiative der Leute von *Los Cimientos* erreicht werden konnte.

Seit Juni 2001 leben die Leute von *Los Cimientos*, die während dem Krieg im Jahr 1989 von ihrem Land vertrieben wurden und 1992 zurückkamen, erneut als Vertriebene, nachdem eine

Gruppe von ehemaligen Zivilpatrouillisten aus den Nachbargemeinden das Dorf überfallen hatte und selber das Recht auf dieses Land beanspruchte. Der Überfall fand präzise einen Tag vor der Veröffentlichung einer Untersuchung statt, deren Quintessenz war, dass die Leute der Nachbargemeinden keinen Anspruch auf das Land haben. (siehe ¡Fijáte! 239 und 267).

Auch wenn die Regierung und VertreterInnen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit das erreichte Abkommen als gerecht und erfolgreich bezeichnen - die Leute von *Los Cimientos* und ihre BeraterInnen sehen das Ganze nicht so rosig. "Wir sind verzweifelt und verurteilen die von der Regierung angewandte Politik", sagte Carlos Loarca, der seitens der Menschenrechtsorganisation CALDH die Gemeinde unterstützt. Denn nach mehreren juristischen Untersuchungen wurde von verschiedener Seite bestätigt, dass die Landtitel, welche die RückkehrerInnen von *Los Cimientos* besitzen, rechtmässig und gültig sind.

1995 kam die präsidiale Menschenrechtskommission zum Schluss, dass der Landstreit nicht ein juristisches, sondern ein tieferliegendes, soziales Problem ist, entstanden aufgrund der Menschenrechtsverletzungen und der Vertreibungen während des bewaffneten Konflikts. Dass dann 1998 noch das Landwirtschaftsunternehmen *Nabalijá S.A.* auf den Plan trat und das umstrittene Land eben-

falls für sich reklamierte, machte die Angelegenheit noch verwickelter. Interessanterweise hat zur selben Zeit, wie Portillo die Lösung des Landkonflikts von *Los Cimientos* verkündet, der Sekretär für Agrarfragen, Pedro Palma Lau, darüber informiert, dass die Regierung auch die Landtitel des Landwirtschaftsunternehmens *Nabalijá S.A.*, aufgekauft hat - zu welchem Preis, ist unbekannt.

Die Landfläche, die die RückkehrerInnen nun in Escuintla erhalten, ist nur halb so gross wie diejenige von *Los Cimientos*. Auch sonst ist ihre Zukunft noch ziemlich unklar. Die Umsiedelung (deren Finanzierung von der Regierung noch nicht gesichert ist) findet frühestens Ende November statt. Vor Anfang nächstem Jahr wird kaum mit den Landwirtschaftsprojekten begonnen werden können, was wiederum einen Ernteverlust zur Folge hat. Die Tatsache, dass noch keinerlei Untersuchungen gegen die für den Überfall vom Juni 2001 verantwortlichen Ex-PAC eingeleitet wurden, ist für die Leute von *Los Cimientos* ein weiterer Grund zur Frustration und Enttäuschung. Nicht zu schweigen von der Tatsache, dass das Ergebnis der ganzen Übung ist, dass früher oder später die Landtitel an genau diese Ex-PAC überschrieben werden. Wie war das doch gleich mit den Infrastruktur- und Hausprojekten, die Präsident Portillo den protestierenden PAC für ihre 'treuen Dienste' versprochen hat?

Fortsetzung im Falle 'Zwangsräumung'

Alta und Baja Verapaz, 29. Okt. Immer wieder stellt sich die Frage nach dem Sinn und Wert von hart erkämpften Abkommen zwischen sozialen Organisationen und staatlichen Einrichtungen, werden sie doch zu oft und nicht nur in Einzelfällen völlig missachtet. Von den Menschenrechten ganz zu schweigen.

So in Alta und Baja Verapaz, wo noch vor wenigen Monaten eine Vereinbarung über einen 'Waffenstillstand' bezüglich der Zwangsräumungen von besetzten Fincas unterschrieben worden war. Offensichtlich haben die daran Beteiligten, wie der Menschenrechtsbeauftragte (PDH), die Mission der Vereinten Nationen (MINUGUA), der Landfonds (Fontierra), die Regierungsinstanz für die Lösung von Landkonflikten (Contierra), der örtliche Bürgermeister und die BauernführerInnen nicht genug Autorität, um den willkürlichen Aktionen Einzelner Einhalt gebieten oder im Zweifelsfall eingreifen zu können.

Mit harten Mitteln wurden in diesen Tagen 150 Familien von der Finca *Monte Bello* in Purulhá vertrieben: Auf Erlass des Staatsanwalts drang die zivile Nationalpolizei (PNC) in den frühen Morgenstunden mit Gewalt und der Unterstützung von 60 vom vermeintlichen Fincabesitzer bezahlten BäuerInnen in die Finca ein und nahm fünf Demonstrierende fest. Doch damit nicht genug. Diese fünf wurden geschlagen und mussten sich ausziehen, während die Behausungen und Anpflanzungen der Familien zerstört wurden.

Laut Carlos Morales, Koordinator der *BäuerInnenvereinigung in den Ver-*

apazes (UVOC), welche die betroffenen Familien unterstützt, ist das Gelände der Finca in Gemeindebesitz. Es wurde bereits im Dezember 2001 besetzt und letzte Woche erneut von den Familien eingenommen. Alle bisherigen Versuche, auf friedlichem Weg eine Lösung zu finden, blieben erfolglos. Von Seiten der BäuerInnenorganisation wird argumentiert, dass der Grossteil der Ländereien im Departement brach liegt bzw. aufgrund von Erbschaften den BäuerInnen gehört; der angebliche Besitzer habe sich die Eigentumstitel unrechtmässig angeeignet.

Zwei weitere Fälle gab es in der Nachbarschaft: Der *Nationale Rat der Indígenas und BäuerInnen K'utb'al B'ey* verurteilte in den vergangenen Wochen die gewaltsame Räumung der Finca *Barrio la Cruz*, Purulhá, bei der 800 Polizisten und Mitglieder von Spezialeinheiten mit Tränengasbomben die unbewaffneten, der grossen Zahl der Eindringenden hilflos gegenüberstehenden Familien überraschten.

Auch die *Nationale Indígena- und BäuerInnenorganisation CONIC* ist besorgt: Seit Mitte des vergangenen Monats sind neben vier Frauen auch acht Kinder und Jugendliche, die der Organisation angehören, verschwunden. An die 1000 Leute der PNC und der Spezialkräfte hatten in Begleitung von zwei Kriegshelikoptern die Finca *San Juan*, Senaú, gestürmt, in der sich zu dem Zeitpunkt eine Gruppe von 40 Frauen und 40 Kindern und Jugendlichen aufhielt. Deren Versuch, mit den 'Autoritäten' zu reden, schlug fehl. Stattdessen führten

diese, auch hier mit Unterstützung von vom Fincabesitzer bezahlten, vermummten Personen, ihren Auftrag aus, zerstörten die Unterkünfte der Familien und raubten, was zu kriegen war. Um die Aktion abzurunden, wurde zu guter Letzt auch noch das Wasser der Flüsse in der Umgebung vergiftet.

Der Fincabesitzer schuldet den BäuerInnen das Minimalgehalt und Arbeitszusatzleistungen von einigen Jahren. In den 80ern hatte er sie unter Drohungen dazu gezwungen, die Ländereien zu bearbeiten und versprochen, ihnen dafür ein Stück Land zum Leben zu überlassen, was er jedoch nicht erfüllte. Statt dessen sorgte er dafür, dass die Arbeitenden schliesslich das Land verliessen, während die Führungsleute der Gemeinde hingerichtet wurden.

Bereits im Juli dieses Jahres besetzten die Betroffenen die Finca, um mit Hilfe von Dialog und Verhandlungen die Einlösung der Schulden des Besitzers, sowohl Geld als auch Land, zu fordern. Doch die Reaktion von Regierung und *Finquero* beschränken sich auf die politische und juristische Repression.

Die CONIC fordert in diesem Zusammenhang vor allem die Erfüllung der internationalen und vom guatemaltekischen Staat ratifizierten Instrumente, in diesem Fall den *Internationalen Pakt der ökonomischen, sozialen und kulturellen Rechte*, der im Artikel 169 der ILO festgelegt ist. Zudem stehen die Ausführung eines Agrarreformprozesses und die Verabschiedung einer Politik zur ländlichen Entwicklung auf dem Forderungsplan der BäuerInnenbewegung.

Nach den ÄrztInnen das Krankenhauspersonal

Guatemala, 7. Nov. Am 21. Oktober beendeten die ÄrztInnen des guatemaltekischen Sozialversicherungsinstituts (IGSS) nach 23 Tagen ihren Streik, nachdem die IGSS-Geschäftsleitung die vom Arbeitsgericht angeordnete 20%-ige Gehaltserhöhung akzeptiert und die wegen des Streiks entlassenen ÄrztInnen wieder eingestellt hatte.

Am 4. November haben nun die Angestellten der öffentlichen Spitäler einen Protest begonnen. Sie fordern vom Gesundheitsministerium eine 10%-ige Gehaltserhöhung, ein einheitliches Bonussystem und den Anspruch auf Dienstalterszulagen. In ihrer Forderung bestärkt sie die Tatsache, dass die ÄrztInnen der Spitäler Roosevelt und San Juand de Dios, die im August dieses Jahres ebenfalls streikten, erfolgreich waren.

In den öffentlichen Spitälern sind

landesweit rund 23'000 Personen angestellt. Laut Luis Lara, Generalsekretär der Gewerkschaft der GesundheitsarbeiterInnen (SNTSG), sind in 46 Spitälern die Angestellten dem Protestaufruf gefolgt.

Die momentane Protestform sind sogenannte permanente Sitzungen, an denen jeweils das Personal teilnimmt, das gerade Pause oder frei hat. Das Kran-

kenhauspersonal betont, dass ihm sehr daran gelegen ist, den Betrieb in den Spitälern nicht zu beeinträchtigen.

Am 6. November führte die SNTSG eine Demonstration durch, die vom Kongress zum Präsidentensitz führte. Damit wollte sie Druck auf die Legislative ausüben, doch diese nahm nicht einmal ihr Schreiben entgegen.

Einspruch im Fall Gerardi

Guatemala, 26. Okt. Der *Oberste Gerichtshof* (CSJ) hat einem Einspruch der Staatsanwaltschaft stattgegeben und den Entscheid des Appellationsgerichts, den Fall Gerardi noch einmal aufzurollen, provisorisch annulliert.

Damit wollen die Staatsanwaltschaft und die katholische Kirche erreichen, dass das Appellationsgericht das

am 7. Juni 2001 gefällte Urteil (30 bzw. 20 Jahre Gefängnis für die für den Mord an Bischof Gerardi Verurteilten) als gültig akzeptiert und es entweder bestätigt, ändert oder widerruft. Unbedingt verhindern will man, dass die Beweissammlung noch einmal aufgenommen wird, wie das die Verteidigung mit ihrem Einspruch beabsichtigt.